



Pressemitteilung

10. August 2021

MEW zum IPCC-Bericht des Weltklimarats

Der jüngst veröffentlichte Bericht des Weltklimarats analysiert die aktuelle Lage des Klimas und zeigt, wie dringend Maßnahmen notwendig sind, um eine weitere Erderwärmung aufzuhalten. Aus Sicht unseres Dachverbandes MEW können in den Bereichen Mobilität und Wärme Technologieoffenheit und der Markthochlauf synthetischer Kraftstoffe einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Im Zuge der Veröffentlichung des IPCC-Berichts (Intergovernmental Panel on Climate Change, Weltklimarat der UN) spricht sich UN-Generalsekretär António Guterres unter anderem für das Ende von fossilen Brennstoffen aus. Die Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland (MEW) bekennt sich uneingeschränkt zu den Pariser Klimazielen und unterstützt daher den Appell von Guterres. Um die dramatischen Folgen eines Temperaturanstiegs noch aufhalten zu können, fordert die Mittelstandsvertretung allerdings eine stärkere politische Unterstützung bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen.

„Fossile Kraft- und Brennstoffe könnten ohne weiteres durch synthetische strombasierte Kraftstoffe ersetzt werden, um die Sektoren Mobilität und Wärme zu defossilisieren – ohne einen aufwendigen und kostspieligen Aufbau einer neuen Infrastruktur“, ist Duraid El Obeid, Vorstandsvorsitzender des MEW, überzeugt. Die Technik sei da und erprobt, nun müsse die Politik die Rahmenbedingungen für einen marktbasieren Ansatz schaffen, der Planungssicherheit für Investitionen ermöglicht und einen Markthochlauf beschleunigt. Dazu gehöre unter anderem die Anrechenbarkeit synthetischer strombasierter Kraftstoffe bei den Flottengrenzwerten und deren Berücksichtigung bei der Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED III. Auch Übergangstechnologien wie liquefied natural gas (LNG, Flüssigerdgas) oder nachhaltige biogene Kraftstoffe sollten stärker in Maßnahmen einbezogen werden.

„Statt einseitig auf Elektromobilität zu setzen, ist jetzt ein Umdenken hin zu einer echten Technologieoffenheit erforderlich. Damit würde eine neue Bundesregierung deutlich



machen, dass sie ihrer Verantwortung für das Klima gerecht wird“, betont El Obeid.